

Geschäftsführung
Ausschuss Zentrale Dienste

Es informiert Sie	Birgit Wagner
Telefon (0202)	563 4093
Fax (0202)	563 8032
E-Mail	birgit.wagner@stadt.wuppertal.de
Datum	24.07.12

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses Zentrale Dienste am 14.05.2003

Anwesend sind:

Vorsitz

Frau Barbara Dudda-Dillbohner

von der CDU-Fraktion

Frau Brita Krempel , Herr Günter Pott , Herr Rainer Spiecker , Herr Andreas Weigel

von der SPD-Fraktion

Herr Peter Hartwig , Frau Rosemarie Hundeshagen , Herr Helmut Schüssler

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Marc Schulz ,

als sachkundige Bürger

Herr Hans-Heinrich Kesper , Herr Peter Voogt , Herr Tobias Wierzba

Vertreter/innen der Verwaltung

Frau Klaudia Dmuß , Herr Dölle , Herr Fortmann , Herr Claus-Jürgen Kaminski , Herr Wolfgang Lompe , Herr Rolf Peter Paßmann , Herr Dr. Johannes Slawig , Herr Dr. Jörg Weidemann , Herr Michael Wolff

Schriftführerin

Frau Birgit Wagner

Schriftführerin:

Frau Birgit Wagner

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 16:50 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 **Genehmigung der Niederschrift, Ergänzungen zur Tagesordnung** **Vorlage: VO/1468/03**

Beschluss des Ausschusses Zentrale Dienste vom 14.05.2003:

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift der letzten Sitzung ungeändert.

Einstimmigkeit.

2 **Strategische Steuerung** **Vorlage: VO/1330/03**

Beschluss des Ausschusses Zentrale Dienste vom 14.05.2003:

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Einstimmigkeit.

3 **Linux-System in der Stadtverwaltung** **Vorlage: VO/1078/03**

3.1 **Linux-System in der Stadtverwaltung** **Vorlage: VO/1078/03/1**

Beschluss des Ausschusses Zentrale Dienste vom 14.05.2003:

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Beschluss entgegen.

4 **Änderung der Verwaltungsgebührensatzung** **Vorlage: VO/1095/03**

4.1 **Änderung der Verwaltungsgebührensatzung** **Vorlage: VO/1361/03**

Beschluss des Ausschusses Zentrale Dienste vom 14.05.2003:

Der Ausschuss empfiehlt HA und Rat gemäß Vorlage zu beschließen.

Einstimmigkeit.

5 "Verbesserung der Bürgerbeteiligung"
Vorlage: VO/1301/03

Beschluss des Ausschusses Zentrale Dienste vom 14.05.2003:

Um eine doppelte Beratung des Antrags der FDP-Fraktion zu vermeiden, erklärt der Ausschuss Zentrale Dienste, da in der Hauptsache Angelegenheiten der Stadtentwicklung angesprochen sind, dass der Stadtentwicklungsausschuss federführendes Gremium sein sollte.

Dem Stadtentwicklungsausschuss wird empfohlen eine Stellungnahme der Verwaltung anzufordern, die über augenblickliche Verfahrensweisen der Bürgerbeteiligung, auch unter Berücksichtigung der im Antrag der FDP-Fraktion erwähnten Alternativen, Auskunft gibt.

Einstimmigkeit.

6 Neues Raumkonzept für das Verwaltungsgebäude Ronsdorf
Vorlage: VO/1360/03

Dr. Slawig ergänzt die Vorlage dahingehend, dass die Gespräche mit dem Bezirksvorsteher und den Sprechern der Fraktionen in der Bezirksvertretung Ronsdorf mittlerweile abgeschlossen sind und auf dieser Grundlage der Kompromissvorschlag der Verwaltung nun durchgeführt wird.

Beschluss des Ausschusses Zentrale Dienste vom 14.05.2003:

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Einstimmigkeit.

7 Betriebskostenpauschale Ratsinformationssystem
Vorlage: VO/1433/03

Beschluss des Ausschusses Zentrale Dienste vom 14.05.2003:

Der Ausschuss beschließt die Vorlage ungeändert.

Einstimmigkeit.

8 Aufhebung des Ratsbeschlusses "Mindestlöhne im Baugewerbe" vom 01.07.1996
Vorlage: VO/1447/03

Beschluss des Ausschusses Zentrale Dienste vom 14.05.2003:

Der Ausschuss beschließt die Vorlage mit folgender Beschlussergänzung:

Der Ratsbeschluss „Mindestlöhne im Baugewerbe“ vom 01.07.1996 wird wegen des Inkrafttretens des Tariftrueugesetzes Nordrhein-Westfalen – TarifG NW aufgehoben.

Einstimmigkeit.

9 Bericht über externe Einstellungen im 1. Quartal 2003
Vorlage: VO/1421/03

Beschluss des Ausschusses Zentrale Dienste vom 14.05.2003:

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Einstimmigkeit.

10 Berichte und Mitteilungen

Die CDU-Fraktion beauftragt die Verwaltung zur nächsten Sitzung des Ausschusses eine Aufstellung über die Anzahl der vorhandenen Dienstwagen mit der Differenzierung zur allgemeinen Nutzung und zur persönlichen Nutzung vorzulegen.

Herr Dr. Slawig berichtet dem Ausschuss, dass aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Wuppertaler Bühnen GmbH 18 Beschäftigte sozialverträglich innerhalb des Konzerns vermittelt werden sollen, um betriebsbedingte Kündigungen möglichst zu vermeiden.

Die Übernahme der Beschäftigten in die Kernverwaltung ist im Wesentlichen durch drei Gründe eingeschränkt:

1. Die Kernverwaltung ist selbst noch in der Pflicht Personal abzubauen.
2. Eine Übernahme darf in der augenblicklichen Haushaltsituation der Stadt nicht zu Mehrkosten führen. Eine Übernahme wäre also nur in finanzierte, budgetierte freie Stellen möglich.
3. Während der vorläufigen Haushaltsführung sind externe Einstellungen nur unter sehr beschränkten Voraussetzungen möglich. Im vorliegenden Fall handele es sich aber um externe Einstellungen, da der augenblickliche Arbeitgeber die GmbH sei.

Insgesamt liegen bisher 20 Stellenangebote vor. In Einzelgesprächen mit den betroffenen Beschäftigten werde nun unter Beteiligung des Betriebsrates versucht eine jeweils adäquate Lösung zu finden.

Die Kernverwaltung könne drei Beschäftigte unter den oben genannten Voraussetzungen übernehmen: Zwei Beschäftigte in den kommunalen Ordnungsdienst und einen Beschäftigten nach einer vorausgehenden Organisationsuntersuchung beim Medienzentrum.

Frau Dudda-Dillbohner
Vorsitzende

Frau Birgit Wagner
Schriftführerin